



Wissenswertes über LNG

Die Abkürzung LNG steht für Flüssigerdgas (Engl. Liquefied Natural Gas). Erdgas soll mit großem Energieaufwand bei -161°C bis -164°C verflüssigt und per Schiff nach Wilhelmshaven transportiert werden. Ein dort geplantes - fest verankertes - schwimmendes LNG-Terminal (FSRU) dient der Regasifizierung, damit das Gas über eine geplante Pipeline nach Etzel ins deutsche Erdgasnetzes geleitet werden kann. Mögliche Hauptlieferanten für LNG können Katar, Kanada, Russland sowie die USA sein. LNG aus den USA wird mittels Fracking gefördert. Die Betreiberfirma uniper schließt auf Anfrage nicht aus, dass durch das geplante LNG-Terminal auch Fracking-Gas nach Deutschland importiert wird.



Für Kühlung und Transport gehen 25 % des Heizwertes verloren!



LNG ist NICHT „sauber! Kein schädliches Fracking-Gas für Deutschland!

Erdgasförderung ist nicht „sauber“! Selbst ohne Fracking gefördert Erdgas enthält in der Regel eine Mischung aus Methan und schwereren Kohlenwasserstoffen sowie Stickstoff, Kohlendioxid, Wasser und weitere unerwünschte Bestandteile wie Schwefelverbindungen. Vor der Verflüssigung werden diese Komponenten teilweise entfernt und als kontaminierter Klärschlamm eingelagert. Bei durch Fracking gefördertem Erdgas wird eine Mischung aus Wasser, Sand und verschiedenen Chemikalien mit hohem Druck ins bis zu 1.500 Meter tiefe Bohrloch gepresst. Im Gestein entstehen jetzt Risse - ähnlich wie bei einer Sprengung oder einem Erdbeben - durch die man das Gas absaugen kann. Besorgniserregend ist, dass durch eben diese völlig unkontrollierbaren Risse die im Gestein verbleibenden Chemikalien nach oben ins Grundwasser steigen und somit das Trinkwasser vieler Millionen Menschen vergiften können. Die Frac-Flüssigkeit enthält krebserregende, hormonverändernde und stark wassergefährdende Toxine, nämlich: Tetramethylammoniumchlorid, Petroleumdestillate, Octylphenol und Biozide aus der Gruppe der Isothiazolinone



Deutschland ist mit Erdgas überversorgt!

Bestehende LNG-Terminals in Nordwesteuropa sind nur zu maximal 25 % ausgelastet (Rotterdam z.B. sogar nur zu 7%). Der deutsche Erdgasverbrauch von ca. 60 Mrd. m^3 könnte allein dadurch problemlos gesichert werden. Der Anschluss an NordStream2 würde die Importkapazität um weitere – nicht benötigte – 55 Mrd. m^3 erweitern. Experten schätzten, dass die Produktionskapazität weltweit den Bedarf um jährlich 70 Mio. Tonnen übersteigt, auch in den nächsten Jahren. Der Bau weiterer Verflüssigungsanlagen werde die überschüssige Produktionskapazität bis 2020 sogar auf 150 Mio. Tonnen pro Jahr ansteigen lassen.



Das LNG-Projekt wird vom Steuerzahler finanziert – nicht vom Betreiber!

Die Kosten für das LNG-Terminal (ca. 850 Millionen Euro) werden zu einem Großteil vom Bund (also von den deutschen Steuerzahlern) bezahlt. Die Kosten für die Pipeline (ca. 50 Millionen Euro) werden auf die Gaskunden umgelegt. Fazit: Die Betreiberfirma uniper trägt fast kein Unternehmerrisiko.



Methanschlupf ist (auf 20 Jahre gerechnet) 87 x schädlicher als CO₂!

Bei der Förderung und Herstellung von nicht gefracktem Erdgas entweichen ca. 4 % Methan, bei Fracking-Gas bis zu 12 % Methan in die Atmosphäre. Bei Leckageraten ab 3 % hat Erdgas eine schlechtere Klimabilanz als Kohle. Allein ein Import von 10 Mrd. m^3 würde die CO₂-Emissionen um 17 Millionen Tonnen pro Jahr erhöhen. Dies entspricht den jährlichen CO₂-Emissionen des Braunkohlekraftwerks Weisweiler.

Weitere wertvolle Infos zum Thema LNG

Auf unserer Homepage:

www.BI-KANS.DE

Video der Infoveranstaltung KANS 13.02.20 in WHV:

<https://www.youtube.com/watch?v=Cf2kAA4Ys2c&feature=youtu.be>

Presse aktuell:

Berlin (energate) - Der Widerstand gegen die in Deutschland geplanten LNG-Terminals verfestigt sich. Umweltverbände und Initiativen gegen die möglichen Terminals für verflüssigtes Erdgas (LNG) in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade wollen künftig enger zusammenarbeiten. Dies hätten sie kürzlich auf einem gemeinsamen Strategietreffen vereinbart, teilte der beteiligte Verein "Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager" mit. Auch die Aktionen gegen alle vorgesehenen LNG-Standorte im Norden Deutschlands wollen die Aktivisten künftig abstimmen. Weitere öffentliche Informationsveranstaltungen seien bereits in Planung.

Neben der Bürgerinitiative haben außerdem Mitglieder und Vertreter des "Klimabündnisses gegen LNG", der Umweltschutzorganisation Robin Wood, des BUND Niedersachsen, der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Haseldorfer Marsch, der Deutschen Umwelthilfe, der Brüsseler Nichtregierungsorganisation Food & Water Europe sowie der **neu gegründeten Bürgerinitiative Klima Allianz Nordseeküste** an dem Strategietreffen teilgenommen. Damit seien Initiativen von allen geplanten Standorten für LNG-Terminals vertreten gewesen, hieß es. Die nächste gemeinsame Sitzung soll am 19. März 2020 in Hetlingen stattfinden.

Kritiker halten Terminals für nicht genehmigungsfähig

Neben der grundsätzlichen Kritik, dass Erdgas - insbesondere LNG aus Fracking-Gas - mit seinen Treibhausgasemissionen Teil des Klimaproblems sei, zweifeln die Gegner auch an der Wirtschaftlichkeit und der Genehmigungsfähigkeit der Terminals. Bereits im Mai letzten Jahres hatte sich die Deutsche Umwelthilfe (DUH) mit einer Studie in Position gebracht, welche die rechtlichen Voraussetzungen zur Ansiedlung des Störfallbetriebs LNG-Terminal in Brunsbüttel nicht gegeben sieht ([energate berichtete](#)).

Im Dezember hatte die DUH ihre Kritik nochmals erneuert und darauf verwiesen, dass insbesondere das Terminal in Wilhelmshaven nicht relevant für die Versorgungssicherheit sei ([energate berichtete](#)).